

Protokoll Nr. 30 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:	Sitzungsort:
11.12.2025	19:00 Uhr	21:58 Uhr	Bürgerhaus Hemelingen Godehardstraße 4 Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Hans-Peter Hölscher
Heinz Hoffhenke
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Waltraut Otten
Sebastian Springer
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Dirk Bülow (Polizei)
Rolf Oehmke (Weißer Ring e.V.)
Ulrike Joest (Weißer Ring e.V.)
Lea Haas (SGFV)
Petra Putzer (AfSD)
Tim Kostbade (Bildungsbau GmbH)
Edgar Melzer (Immobilien Bremen)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.11.2025 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Häusliche Gewalt

**TOP 4: Mittelvergabe für die offene Kinder und Jugendarbeit in Hemelingen - OKJA
2026**

TOP 5: Vorstellung Bildungsbau GmbH

TOP 6: Beiratsverschiedenes

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.11.2025 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 06.11.2025 wird genehmigt.

Rückmeldungen

auf Beiratsbeschlüsse

050-2025-B Gefahrenabwehr austretende Giftstoffe

Antwort von DBS vom 11.12.:

Die Ablagerung wurde am 09.12.2025 per Ersatzvornahme mit großem Aufwand beseitigt. Die Ablagerung wurde je nach Abfallart durch die Mitarbeitenden sortiert und mittels mehreren großen Müllfahrzeugen ordnungsgemäß entsorgt. Die Beseitigung dauerte von ca. 08:00-14:00 Uhr.

Der Ordnungsdienst war ebenfalls begleitend vor Ort als Unterstützung als Ortspolizeibehörde und zur Sicherung des vorübergehenden Arbeitsbereiches der Mitarbeitenden samt Entsorgungsfahrzeugen.

Jörn Hermening berichtet, dass inzwischen die ersten neuen Ablagerungen wieder da sind.

Jens Dennhardt erkundigt sich, warum sich das Ordnungsamt dort nicht hinstellt und präventiv tätig wird.

Jörn Hermening erkundigt sich, ob der Beirat daraus einen Beschluss machen möchte. Nach positiver Resonanz macht er folgenden Beschlussvorschlag:

Der Beirat fordert das Ordnungsamt auf, zukünftig an der Stelle der alten Ablagerung zu überwachen und präventiv tätig zu werden.

Abstimmung: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

071-2025-HH Medizinisches Versorgungszentrum für den Stadtteil Hemelingen

Antwort von SGFV vom 09.12.:

Derzeit können wir Ihnen noch keine Auskunft geben, da die Planung noch läuft. Sobald wir wissen, wann wir Ihnen weitere Informationen geben können, kommen wir unaufgefordert auf Sie zurück.

055-2025-B-Planungskonferenzen zur Vergabe der Kitaplätze

Antwort von SKB vom 25.11.:

Derzeit werden seitens des Senators für Kinder und Bildung keine Planungskonferenzen auf Stadtteilebene organisiert. Unabhängig davon steht es den Akteur:innen jedoch frei, solche Planungskonferenzen eigenständig durchzuführen.

In diesem Kindergartenjahr war möglich, allen Familien, die sich um einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung beworben haben, ein Angebot zu unterbreiten.

Um auch Parallelstrukturen zum Kita-Portal zu vermeiden - über das die Aufnahmeplanung und Platzvergabe in Bremen organisiert ist - wäre es hilfreich, wenn der Beirat das Ziel und den Nutzen der geforderten Planungskonferenz weiter spezifizieren könnte, damit eine entsprechende Prüfung im zuständigen Fachreferat erfolgen kann.

043-2025-B Querungshilfen Rennbahngelände

Antwort vom ASV vom 04.12.:

Nach vorläufiger Prüfung kann eine ungesicherte Querungshilfe in der Straße „Hinter dem Rennplatz“ auf Höhe des „Hans-Huckebein-Weg“ in das Querungshilfenprogramm aufgenommen werden. Vorgesehen ist hierfür ein vorgezogener Seitenraum, der in den Straßenraum hineinragt.

Erhält diese Variante die Zustimmung des Beirats, wird die Maßnahme in das Querungshilfenprogramm aufgenommen.

Eine Aussage zum voraussichtlichen Planungs- und Umsetzungshorizont kann derzeit nicht getroffen werden. Das Querungshilfenprogramm umfasst Maßnahmen im gesamten Bremer Stadtgebiet und verfügt aktuell über ein jährliches Fördervolumen in Höhe von 500.000 Euro. Dem Beirat steht es darüber hinaus frei, finanzielle Mittel aus dem Stadtteilbudget zur Mitfinanzierung der Maßnahme bereitzustellen. Wie bereits erwähnt, können zum jetzigen Zeitpunkt keine verbindlichen Aussagen zum weiteren Planungsablauf oder zur Umsetzung getroffen werden.

Jörn Hermening schlägt vor, sich mit dieser Thematik noch einmal im Fachausschuss Mobilität zu befassen.

Beschluss 51-2025 Beibehaltung der Controllingausschüsse OKJA

Antwort von SASJI vom 12.11.:

Am 16.09.2025 hat ein Termin im Sozialzentrum 6 stattgefunden, in dessen Rahmen über die geplante Änderung des Beiräte- und Ortsgesetzes (BeirOG) informiert und debattiert wurde. Die Notwendigkeit die Planungsgebiete für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu vergrößern und so die Möglichkeit zu schaffen über Stadtteilgrenzen hinweg Einrichtungen und Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu planen, ist mit dem Bedarfsermittlungsverfahren der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch in der Deputation für Soziales beschlossen worden.

Die Beteiligung der Beiräte soll weiterhin ein fester Bestandteil der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sein. Hierbei sollen die Stadtteilkonzepte als ein zentraler Baustein der Qualitätssicherung und Angebotsplanung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Fokus der Beiratsbeteiligung rücken.

Die Zusammensetzung der Planungsgremien in den vergrößerten Planungsgebieten befindet sich aktuell noch in der internen Abstimmung.

Jörn Hermening schlägt vor, das Thema im FA Bildung noch einmal zu behandeln.

auf Anliegen von Bürger:innen

Barke/Radwegeführung Arberger Heerstraße

Das Thema soll im Fachausschuss Stadtteilentwicklung, Wirtschaft und Mobilität am 19.01.2026 noch einmal aufgerufen werden.

Bürgeranliegen bzgl. Vermehrter Feuerwerke

Antwort von SGFV vom 10.12.:

Für die Entgegennahme von Anzeigen für professionelle Feuerwerke und die Genehmigung von privaten Feuerwerken ist in Bremen die Gewebeaufsicht des Landes Bremen zuständig.

Seit September 2025 wurden bei der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen für den Stadtteil Hemelingen ein Feuerwerk im Rahmen des Hafenfest am 12.09.2025 und ein Feuerwerk im Rahmen des Lampion-Festes am Sportplatz Mahndorf am 22.11.2025 angezeigt.

Private Feuerwerke wurden nicht genehmigt.

Bäume Westerholzstraße

Das Thema wurde im Fachausschuss beraten. Dazu wird es unter Beiratsverschiedenes einen Beschlussvorschlag geben.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Ein Bürger zeigt sich darüber enttäuscht, dass die jährlich an Heiligabend stattfindende offene Weihnachtsfeier im Bürgerhaus Hemelingen kurzfristig abgesagt worden ist und erkundigt sich nach den Ursachen.

AW: Jörn Hermening erläutert, dass der Beirat am heutigen Abend nicht mehr tätig werden kann. Er schlägt vor, dass das Ortsamt im Nachgang dieser Sitzung noch mal mit dem Bürgerhaus ins Gespräch geht.

Jens Dennhardt, der auch Vorsitzender des Bürgerhauses ist, verspricht, sich dem Thema anzunehmen. Er wusste bis zum heutigen Tag nicht, dass die Weihnachtsfeier abgesagt wurde.

Einem weiteren Bürger ist aufgefallen, dass auf der Webseite des Stadtteilmarketings Informationen über ein Alkohol-Tasting ohne Hinweis auf Altersbegrenzung wiedergegeben wurde. Das ist aus seiner Sicht nicht tragbar.

AW Jörn Hermening: Das Ortsamt wird der Sache nachgehen.

Heinz Hoffhenke wurde von einem Hastedter Bürger gefragt, warum der Zeppelintunnel vor kurzem wieder überschwemmt war.

AW Jörn Hermening: Das Ortsamt wird bei der Deutschen Bahn nachfragen.

TOP 3: Häusliche Gewalt

Jörn Hermening führt in die Thematik ein und liest die Antwort des Frauenhauses vor.

Da die betroffenen Frauen und Kinder oft stark bedroht sind und deshalb ihren Aufenthaltsort wechseln müssen, arbeiten die Frauenhäuser überregional, die Adresse der Frauenhäuser ist aus diesem Grund auch weitestgehend anonym und geheim zu halten. Im Bedarfsfalle gibt in Bremen Beratungsstellen und auch die Möglichkeit sich telefonisch vom Team des Frauenhauses beraten zu lassen.

Da sich die Zahl der Fälle, in denen ein Frauenhaus von den betroffenen Frauen aufgesucht wird, um dort Schutz und Unterstützung für sich und die Kinder zu erhalten, steigert, sind die Frauenhausplätze in Deutschland bei Weitem nicht ausreichend. Sie liegen auch unter den Vorgaben aus der Istanbul-Konvention. (zur Erläuterung: Die Istanbul-Konvention ist ein

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, Länder und Kommunen sind zur Umsetzung verpflichtet).

Es gibt auch ein bundesweites Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ welches mehrsprachig und anonym berät.

Dirk Bülow gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Thematik und antwortet auf die Fragen des Beirats, die im Vorfeld der Sitzung an die Referent:innen übermittelt wurden:

- Der Fragenkatalog des Beirats zu häuslicher Gewalt war umfangreich und umfasst Definition, Fallzahlen, Hilfsangebote und Schulungsmaßnahmen.
- Häusliche Gewalt ist ein weit gefasster Begriff, der physische, psychische, digitale Gewalt und familiäre sowie partnerschaftliche Gewalt einschließt.
- Gewaltformen reichen von körperlichen Angriffen über Stalking und Beleidigungen bis hin zu Cybermobbing und digitaler Gewalt.
- Historisch bedingte Sozialisationsmuster und patriarchalische Strukturen spielen eine Rolle bei der Entstehung von Gewalt.
- Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erfasst etwa 31 Straftatbestände im Bereich häuslicher Gewalt, jedoch keine Femizide, da dieser Begriff juristisch nicht definiert ist.
- Das Bremische Polizeigesetz und das Gewaltschutzgesetz wurden an moderne Anforderungen, insbesondere digitale Gewalt, angepasst.
- Zusammenarbeit zwischen Polizei, Behörden, Vereinen und Hilfsorganisationen ist eng und wird stetig verbessert, auch im Datenschutz und bei der Datenübermittlung.
- Für den Stadtteil Hemelingen liegen Daten zu weiblichen Opfern vor, wobei die Statistik Verzögerungen und Abweichungen aufweisen kann.
- Häufigste Fälle betreffen Bedrohungen und Beleidigungen, die auch digital erfolgen; Polizei hat ein qualifiziertes Bedrohungsmanagement eingeführt.
- Digitale Gewalt ist ein wachsendes Problem, Schulungen und Präventionsprogramme für Schulen und Schulleitungen werden ausgebaut.
- Anzeigerücknahmen sind problematisch, da Opfer oft emotional an Täter gebunden sind; Polizei leitet Anzeigen weiter, entscheidet aber nicht über Rücknahmen.
- Hilfsangebote sind vielfältig, umfassen u.a. Weißen Ring, Innere Mission, AWO, DRK, Frauenhäuser (Standorte geheim zum Schutz der Opfer) und spezialisierte Beratungsstellen wie die Gewaltschutzambulanz.
- Polizei bietet Bürgersprechstunden, enge Zusammenarbeit mit Stalkingbeauftragten und Kriminalpolizei, sowie Informationsmaterial in mehreren Sprachen an.
- Maßnahmen umfassen Wohnungsverweisungen, Schutz von Kindern, Einbindung des Kinder- und Jugendnotdienstes und präventive Ansätze in Familien, Schulen und Nachbarschaften.
- Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung sind wichtig, um Betroffene zu ermutigen, Hilfe zu suchen und Gewalt frühzeitig zu erkennen.
- Die Istanbul-Konvention und der Landesaktionsplan Bremen bilden die rechtliche und organisatorische Grundlage für die Bekämpfung häuslicher Gewalt.
- Regelmäßiger Austausch und Anpassung der Abläufe zwischen beteiligten Stellen gewährleisten eine effektive Reaktion auf neue Herausforderungen und Tatmethoden.

Diskussion:

Dr. Christian Kornek äußert sich besorgt über die hohe Zahl von 180 Fällen, was rechnerisch nahezu einem Vorfall alle zwei Tage entspreche. Für einen einzelnen Stadtteil sei dies alarmierend. Er bittet um eine Einordnung im Vergleich zu anderen Stadtteilen und regt an, Informationsmaterial auch in Bürgerhäusern und Ortsämtern auszulegen, um niedrigschwellige Zugänge zu schaffen.

AW: Dirk Bülow erklärt, dass Infomaterial auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden könne. Ein direkter Vergleich zwischen Stadtteilen ist nur eingeschränkt möglich, da sich soziale Strukturen stark unterscheiden. Gewaltphänomene betreffen jedoch alle Stadtteile und alle sozialen Schichten; sie sind kein Statusproblem. Hemelingen steht insgesamt aber noch ganz gut dar.

Sebastian Springer fragt nach den Gründen für den Anstieg häuslicher Gewalt, da er höhere Zahlen bereits während der Corona-Zeit erwartet hätte.

AW: Dirk Bülow erläutert, dass statistische Anstiege häufig zeitversetzt auftreten, da viele Taten erst später angezeigt und abgeschlossen würden. Insbesondere bei länger andauernden Gewalterfahrungen könnte es vorkommen, dass mehrere zurückliegende Taten gebündelt in einem späteren Jahr in die Statistik einfließen. Dies erklärt sprunghafte Anstiege und ist eine Besonderheit der Polizeilichen Kriminalstatistik.

Hans-Peter Hölscher schließt sich der Einschätzung an, dass die Zahlen erschreckend hoch seien. Zudem bittet er um Klarstellung zu Presseberichten, wonach künftig andere Träger anstelle bisheriger Ansprechpartner tätig würden.

Rainer Zwilling fragt, ob der statistische Anstieg auch der praktischen Wahrnehmung im Einsatzdienst entspreche oder primär auf ein verändertes Anzeigeverhalten zurückzuführen sei. Zudem erkundigt er sich, warum Gewalt gegen Männer nicht Bestandteil der Auswertung sei.

AW: Dirk Bülow erklärt, dass der zugrunde liegende Fragenkatalog bewusst auf weibliche Geschädigte fokussiert gewesen sei. Unabhängig davon ist im Einsatzgeschehen ein massiver Anstieg festzustellen: Die Zahl dringlicher Einsätze hat im Vergleich zum Vorjahr um rund 85 % zugenommen. Die Polizei stößt zunehmend an Belastungsgrenzen. Zudem haben Gewalt, Bedrohungen und Konflikte – auch im schulischen Umfeld – deutlich zugenommen. Als Ursachen nennt er unter anderem gesellschaftliche Nachwirkungen der Pandemie sowie eine zunehmende Verrohung der Kommunikation, insbesondere in sozialen Medien. Zur Trägerschaft der Beratungen wird Lea Haas berichten. Die Anfrage des Beirates bezog sich auf Frauen, daher wurde dies auch so ausgewertet.

Ingo Tebbe thematisiert die bundesweite Debatte um Femizide und fragt nach den Schwierigkeiten ihrer statistischen Erfassung. Zudem erkundigt er sich nach geplanten rechtlichen Verschärfungen, technischen Kontrollmöglichkeiten sowie konkreten Maßnahmen zur Stärkung des Opferschutzes. Er weist auf ein erhebliches Dunkelfeld insbesondere bei sexualisierter Gewalt hin und fragt nach spezialisierten polizeilichen Kräften und der Einbindung der Gewaltschutzambulanz.

Waltraud Otten betont die Bedeutung der Nachbarschaft bei der Früherkennung häuslicher Gewalt. Nach ihrer Erfahrung funktioniere polizeiliches Eingreifen sehr wirksam, wenn Hinweise gegeben würden. Sie kritisiert, dass viele Menschen aus Angst oder Gleichgültigkeit wegschauten, und fordert eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung, die Polizei frühzeitig einzuschalten.

AW: Dirk Bülow führt aus, dass technische Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln oder der Einsatz von Drohnen rechtlich bislang nur eingeschränkt möglich seien. Die Polizei arbeitet grundsätzlich mit gut geschulten Allround-Kräften, die Informationsmaterial vorhalten und weitervermitteln können. Der Begriff „Femizid“ ist politisch geprägt und für die PKS schwer abbildbar, da die statistische Einordnung erst nach Abschluss umfangreicher gerichtlicher Verfahren möglich ist. Das Dunkelfeld bleibt eine zentrale Herausforderung, allerdings ist das Anzeigeverhalten

deutlich gestiegen, was auf erfolgreiche Präventions- und Aufklärungsarbeit hindeutet. Insgesamt sieht er Fortschritte, betont jedoch weiteren Handlungsbedarf.

Lea Haas von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz berichtet wie folgt:

- Lea Haas leitet die Landeskoordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention bei der Senatorin für Frauen in Bremen und koordiniert Maßnahmen des Landesaktionsplans.
- Bremerhaven stellt eine große Herausforderung beim Ausbau von Hilfsangeboten dar.
- Ab 2027 gibt es mit dem Gewalthilfegesetz einen rechtlichen Anspruch auf Schutz und Hilfe für Gewaltbetroffene, vergleichbar mit dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, was einen Ausbau der Angebote erfordert.
- Bremen plant, spezialisierte Angebote auszubauen, z.B. für junge Frauen und Mädchen oder für Frauen mit psychischen Erkrankungen, ähnlich wie in Hamburg.
- Auch Gewaltbetroffene mit Suchterkrankungen sollen besser unterstützt werden.
- Das Beratungsangebot „Neue Wege“ wurde neu ausgeschrieben, um die Qualität zu verbessern und Bundesstandards einzuhalten.
- Ab Januar 2026 starten zwei neue Angebote: die Täterberatung „Hoppenbank“ und eine neue Beratungsstelle für Betroffene von Partnerschaftsgewalt bei der Inneren Mission.
- Die Zusammenarbeit mit der Polizei in Bremen gilt bundesweit als vorbildlich: Polizei leitet Fälle proaktiv an Beratungsstellen weiter, die sich dann an Täter und Betroffene wenden.
- Das Jugendamt kann Fälle an Fachberatungsstellen für Kinder weiterleiten, die Kinder gezielt unterstützen, da jedes Kind in gewaltbelasteten Familien als betroffen gilt.
- Das Stopprojekt zur Gewaltprävention in Nachbarschaften läuft derzeit in Bremerhaven und Tenever und sensibilisiert verschiedene Gruppen (Senioren, Kindergärten, medizinisches Personal) für Anzeichen von Gewalt und Handlungsmöglichkeiten.
- Ein Ausbau des Stopprojekts in weiteren Stadtteilen wird angestrebt, abhängig von finanzieller Unterstützung und der Bereitschaft von Trägern, die Arbeit vor Ort zu übernehmen.

Diskussion:

Jens Dennhardt stellt fest, dass aus seiner Sicht weiterhin ein erheblicher gesellschaftlicher Handlungsbedarf im Bereich der Gewaltprävention besteht, dem bislang nicht ausreichend begegnet wird. Vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen auf Bundes- und Landesebene äußert er die Sorge, dass soziale Angebote derzeit eher zurückgefahren als ausgebaut werden.

Vor diesem Hintergrund fragt er, wie die positive Einordnung Bremens im Hinblick auf die Erfüllung der Istanbul-Konvention zu bewerten ist. Er stellt zur Diskussion, ob die Konvention lediglich einen Mindeststandard darstelle und es langfristig erforderlich sei, über deren Vorgaben hinauszugehen, oder ob Bremen mit der nahezu erreichten Umsetzung bereits auf einem sehr guten Niveau liegt.

Zudem erkundigt er sich, ob Bund und Land Bremen in diesem Themenfeld aktuell tatsächlich Angebote stabil halten beziehungsweise ausbauen oder ob faktisch Einschnitte erfolgen.

Ein Bürger weist darauf hin, dass sich die Diskussion bislang stark auf bereits eingetretene Gewaltsituationen konzentriert habe. Er fragt, ob es – vergleichbar mit Suchtpräventionsprogrammen – auch präventive Angebote für Kinder und Jugendliche gibt, die frühzeitig sensibilisieren und Gewalt sowie übergriffiges Verhalten verhindern sollen.

Christa Wilke erkundigt sich nach dem konkreten Vorgehen, wenn betroffene Personen Schutz in einem Frauenhaus suchen, dort jedoch keine freien Plätze vorhanden sind. Sie fragt, welche Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen in solchen Fällen greifen und wie die Sicherheit der Betroffenen gewährleistet wird.

AW: Lea Haas erläutert, dass Bremen bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen habe, was vor allem auf einen klar vorhandenen politischen Willen zurückzuführen sei. Gleichwohl könne und müsse mehr getan werden. Die zentrale Begrenzung liege weniger im politischen Konsens als vielmehr in den verfügbaren finanziellen Mitteln, was für Bremen typisch sei.

Sie stellt klar, dass Bremen keineswegs kurz vor der vollständigen Erfüllung der Istanbul-Konvention stehe. Diese verfolge das Ziel, geschlechtsspezifische Gewalt vollständig zu verhindern – davon sei die Gesellschaft insgesamt noch weit entfernt. Die Konvention sei daher ein langfristiges, sehr anspruchsvolles Ziel, dessen vollständige Umsetzung vermutlich noch lange Zeit in Anspruch nehmen werde. Fragen der zukünftigen finanziellen Ausstattung seien politische Entscheidungen, zu denen sie sich in ihrer Funktion nicht abschließend äußern könne.

Auf Bundesebene beobachte sie derzeit eine veränderte Schwerpunktsetzung infolge eines Regierungswechsels. Welche konkreten Auswirkungen dies haben werde, sei derzeit noch offen. In anderen europäischen Ländern sei teilweise sogar ein Rückzug aus der Istanbul-Konvention zu beobachten; eine solche Entwicklung sehe sie für Deutschland aktuell jedoch nicht.

Zum Thema Prävention führt sie aus, dass diese eine eigene Säule der Istanbul-Konvention darstelle. Neben Hilfe- und Schutzangeboten gebe es in Bremen vielfältige präventive Maßnahmen. Dazu zählten unter anderem Informations- und Aufklärungsangebote, polizeiliche und fachliche Präventionsarbeit an Schulen sowie verpflichtende Schutzkonzepte in allen Kindertageseinrichtungen. Diese Konzepte dienten nicht nur der Intervention, sondern auch der frühzeitigen Sensibilisierung, etwa durch altersgerechte Vermittlung von Körperwissen, Grenzen und Selbstbestimmung. In Schulen existierten ebenfalls Schutzkonzepte, wenngleich diese dort bislang nicht verpflichtend seien. Ergänzend gebe es zahlreiche Selbstbehauptungs- und Präventionskurse, auch für Menschen mit Behinderungen. Gleichwohl sieht sie gerade im Bereich der Prävention erheblichen weiteren Ausbaubedarf.

Sie verweist zudem auf bundesweite Präventionsstudien, die insbesondere die Rolle von Männern betonten, die in ihrem Umfeld grenzüberschreitendes Verhalten nicht unwidersprochen lassen sollten. Hier bestünden auch für Bremen noch Entwicklungsmöglichkeiten, erste Schritte seien jedoch bereits unternommen worden.

Zum Umgang mit ausgelasteten Frauenhäusern erklärt Frau Haas, dass es in der Stadt Bremen derzeit keine Abweisungen gebe. Durch eine enge Koordination zwischen den Frauenhäusern sowie mit Einrichtungen in angrenzenden Bundesländern würden Betroffene weitervermittelt. In Bremerhaven habe es hingegen Engpässe gegeben, die nun einen kurzfristigen Ausbau erforderlich machten. Wenn kein regulärer Platz verfügbar sei, würden alternative Schutzlösungen gefunden, etwa über Schutzwohnungen oder vorübergehende Unterbringung in Hotels. Ihr seien keine Fälle bekannt, in denen hilfesuchende Frauen ohne Schutz geblieben seien.

Reinhardt Zwilling äußert Kritik an einer aus seiner Sicht zu vereinfachenden Darstellung der Problematik, bei der Männer pauschal als Täter und Frauen als Opfer dargestellt würden.

Aus seiner Erfahrung im Justizbereich betont er, dass Gewaltkonstellationen häufig deutlich komplexer seien und gegenseitige Provokationen sowie Eskalationsdynamiken eine Rolle spielten. Eine rein schematische Betrachtung werde der Realität nicht gerecht.

Yunas Kaya stellt mehrere inhaltliche Nachfragen. Zum einen erkundigt er sich nach der konkreten Ausgestaltung der Interventionsarbeit unter Beteiligung des Jugendamtes und fragt, ob es sich hierbei um klassische Verfahren nach § 8a SGB VIII im Kontext von Kindeswohlgefährdungen handele oder ob andere Abläufe vorgesehen seien. Zum anderen bittet er um eine nähere Erläuterung der sogenannten Täterprogramme und fragt nach deren konkreter Ausgestaltung und Zielsetzung.

Abschließend weist er darauf hin, dass insbesondere junge Frauen und junge Mütter – vor allem Alleinerziehende – in hohem Maße von häuslicher Gewalt betroffen seien, zugleich aber kaum passgenaue Unterstützungs- und Hilfsangebote für diese Zielgruppe existierten. Er fragt, wie diese Versorgungslücke bewertet werde und ob entsprechende Angebote geplant oder vorgesehen seien.

AW: Lea Haas stellt zunächst klar, dass ihre Darstellung auf den verfügbaren Zahlen und Erfahrungen auf Bundes- und Landesebene beruhe und ihre fachliche Perspektive widerspiegele. In der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt handele es sich teilweise um Verfahren nach § 8a SGB VIII, jedoch nicht ausschließlich. In Bremen melde die Polizei entsprechende Fälle an das Jugendamt, das anschließend prüfe, welche Maßnahmen angemessen seien. Eine Einschaltung der aufsuchenden Fachberatungsstellen sei auch ohne formale § 8a-Meldung möglich und werde abhängig von Alter, Situation und Bedarf der betroffenen Kinder und Familien entschieden.

Die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und aufsuchender Fachberatung habe sich nach Darstellung der beteiligten Stellen deutlich verbessert und sei inzwischen gut eingespielt. In den meisten Fällen gelinge eine fachlich fundierte Einschätzung geeigneter Maßnahmen. Ob betroffene Familien die angebotene Unterstützung annähmen, sei unterschiedlich und hänge stark von der Passgenauigkeit der Angebote ab. Verbesserungsbedarf sieht sie insbesondere bei sprachlicher Vermittlung und kultursensibler Ansprache. Zwar stünden mittlerweile digitale Dolmetschangebote zur Verfügung, deren Einsatz sei jedoch nicht in allen Situationen gleichermaßen geeignet. Insgesamt funktioniere die Kooperation mit dem Jugendamt jedoch verlässlich.

Bezüglich junger Frauen und junger Mütter betont Frau Haas, dass diese nicht zwingend die größte Betroffenenengruppe darstellten, jedoch einen besonderen Unterstützungsbedarf hätten. Die bestehenden Angebote seien für diese Zielgruppe häufig nicht passend. Junge Mütter fielen weder unter Angebote der Mädchenarbeit noch entsprächen Frauenhäuser stets ihrem Bedarf an intensiver, alltagsnaher Begleitung. Hier bestehe eine erkennbare Versorgungslücke und ein dringender Bedarf an spezialisierten Angeboten, den man derzeit versuche, stärker in den Blick zu nehmen, ohne dass bislang ausreichende Strukturen vorhanden seien.

Zur Täterarbeit erläutert Frau Haas, dass diese auf verbindlichen Vereinbarungen zwischen Täter und Träger beruhe, in denen die Teilnahme an Kursen sowie die Verpflichtung zu gewaltfreiem Verhalten festgelegt würden. Ziel sei es, diese Vereinbarung nicht zu brechen. Die Angebote seien überwiegend gruppenbasiert, da sich dieses Format als wirksam erwiesen habe. Voraussetzung für die Teilnahme sei zunächst die Anerkennung der eigenen Täterschaft, was bereits einen zentralen und oftmals herausfordernden Schritt darstelle. In den weiteren Kursphasen gehe es um die Analyse auslösender Situationen, die Reflexion eigener Verhaltensmuster sowie das Erlernen alternativer Handlungsstrategien.

Die Täterkurse würden von qualifizierten Fachkräften durchgeführt, die nach den Standards der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit ausgebildet seien. Ziel sei es, ein qualitativ hochwertiges und wirksames Angebot vorzuhalten, auch wenn nicht jeder Täter für diese Form der Intervention geeignet sei.

Rolf Oehmke und Ulrike Joest vom Weißen Ring e.V. erläutern das Thema wie folgt:

- Es gibt keinen eigenen Straftatbestand „häusliche Gewalt“, sondern verschiedene Straftaten werden darunter zusammengefasst.
- 2024 gab es in Deutschland etwa 266.000 Opfer häuslicher Gewalt, ein Anstieg von 3,8 %.
- 70 % der Opfer sind Frauen; 2024 wurden 226 Todesfälle verzeichnet.
- In Bremen gab es 1.800 Fälle von Partnerschaftsgewalt, die tendenziell abnehmen; 80 % der Opfer sind weiblich, 79 % der Täter männlich.
- Innerfamiliäre Gewalt in Bremen nahm um 38 Fälle zu; 57 % der Opfer sind weiblich, 74 % der Täter männlich.
- Beim Weißen Ring Bremen entfallen etwa 15 % der bearbeiteten Fälle auf häusliche Gewalt, der Rest auf andere Delikte wie Diebstahl, Körperverletzung, Raub und Stalking.
- Bundesweit sieht der Weiße Ring 22 % der Fälle als häusliche Gewalt an.
- Der Weiße Ring bietet verschiedene Hilfen an: eine junge Gruppe für jugendspezifische Themen, Opferhilfe, Präventionskurse zu Selbstbehauptung und Zivilcourage.
- Es gibt eine Zeugenbetreuung am Landgericht mit einem eigenen Zimmer, wo Zeugen über den Ablauf informiert werden und Begleitung durch den Weißen Ring erhalten können.
- Der Weiße Ring ist eine Opferschutzorganisation, die sich hauptsächlich durch Spenden finanziert, was zu schwankenden Einnahmen führt.
- Die Arbeit erfolgt ehrenamtlich, mit viel Zeit für Betroffene, die oft von der Polizei Bremen zugewiesen werden.
- Hauptaufgaben sind Beratung und Unterstützung bei sexuellen Übergriffen und häuslicher Gewalt, vor allem bei Frauen, aber auch bei Männern.
- Es wird gemeinsam mit den Betroffenen ein Plan entwickelt, um die Situation zu klären und passende Hilfen aufzuzeigen.
- Die Organisation arbeitet eng mit der Polizei zusammen und bietet Broschüren sowie individuelle Beratung an.
- Es gibt eine Traumaambulanz, die kurzfristig nach der Tat (bis ca. drei Monate) Unterstützung bietet, finanziert über das Versorgungsamt.
- Bei akuten Notlagen, z.B. bei Flucht ins Frauenhaus, kann eine Soforthilfe von 200 Euro für Grundbedarf ausgezahlt werden.
- Juristischer Beistand wird durch einen Anwaltscheck ermöglicht, um Betroffene über rechtliche Schritte und Folgen einer Anzeige zu informieren.
- Die Organisation unterstützt auch bei Anträgen nach dem Opferentschädigungsgesetz, besonders bei psychischer Gewalt.
- Sprachmittlerdienste werden bei Bedarf genutzt, derzeit noch aus Spenden finanziert.
- Die Organisation begleitet Betroffene auch langfristig und steht für weitere Unterstützung bei späteren Fällen bereit.

Diskussion:

Sebastian Springer hebt die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit hervor und weist auf den damit verbundenen erheblichen Aufwand hin. Vor diesem Hintergrund fragt er nach den konkreten Abläufen der Beratung: insbesondere danach, wann und wie der Erstkontakt mit Betroffenen zustande kommt, wie lange dieser in der Regel dauert und ob mit längeren Wartezeiten bis zum Beginn der Unterstützung zu rechnen ist.

AW: Frau Joest erläutert, dass der Erstkontakt zum Weißen Ring in der Regel telefonisch erfolgt. Alternativ melden sich Betroffene per E-Mail oder persönlich im Landesbüro. Eine unmittelbare Beratung ohne vorherige Kontaktaufnahme sei jedoch nicht vorgesehen. Im Erstgespräch werde kurz geschildert, weshalb Unterstützung benötigt werde. Anschließend prüfe die Außenstellenleitung, welche ehrenamtliche Mitarbeiterin oder welcher Mitarbeiter aufgrund von Erfahrung und fachlichen Schwerpunkten am besten geeignet sei. Die Mitarbeitenden verfügten über unterschiedliche Spezialisierungen und nähmen regelmäßig an qualifizierten Fortbildungen teil.

Nach der internen Zuordnung nehme die zuständige Person zeitnah Kontakt mit den Betroffenen auf, telefonisch oder per E-Mail. Danach werde ein persönlicher Gesprächstermin vereinbart. Dieser finde möglichst im Landesbüro statt; alternativ würden geeignete externe Räumlichkeiten genutzt, die Vertraulichkeit gewährleisteten. Hausbesuche erfolgten nur auf Wunsch. Die regionale Zuständigkeit sei aufgeteilt, sodass Frau Joest den Süden und Osten Bremens abdecke, während eine weitere Außenstellenleitung für den Norden und Westen zuständig sei.

Die Dauer der Beratungsgespräche werde gemeinsam mit den Betroffenen festgelegt und liege in der Regel bei etwa anderthalb bis zwei Stunden.

TOP 4: Mittelvergabe für die offene Kinder und Jugendarbeit in Hemelingen - OKJA 2026

Petra Putzer vom Amt für Soziale Dienste erläutert anhand einer Präsentation die Mittelvergabe für die offene Kinder und Jugendarbeit (Anlage 1).

Diskussion:

Jens Dennhardt erkundigt sich nach den gestiegenen Personalkosten, da gleichbleibende Förderung faktisch wegen der Preisentwicklung eine Kürzung sei.

AW: Petra Putzer erläutert, dass diese tatsächlich gestiegen seien und die Träger sehr eng kalkulieren.

Ralf Bohr stellt fest, dass drei Angebote zukünftig wegfallen, zwei Angebote in den Bürgerhäusern und der Kids Club. Aus seiner Sicht stellt das eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr dar.

Frau Putzer erläutert, dass im laufenden Jahr wegen der nicht ausgegebenen Mittel aufgrund der zeitweisen Schließung des Jugendhauses mehr Spielraum für andere Projekte da war, das wird 2026 aber nicht so sein, daher ist man bei der Verteilung von 2024 gelandet.

Jörn Hermening schlägt vor, dass heute nur die Verteilung der Mittel vorgestellt werden und kein Beschluss zur Höhe der verfügbaren Mittel insgesamt gefasst wird, dazu habe es ja auch einen Haushaltsantrag des Beirates gegeben. Er lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmung: Zustimmung (11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 5: Vorstellung Bildungsbau GmbH

Zu diesem Thema sind Tim Kostbade von der Bildungsbau GmbH und Edgar Melzer von Immobilien Bremen anwesend.

Tim Kostbade stellt die Bildungsbau GmbH wie folgt vor:

- Bildungsbau Bremen wurde vor einem Jahr gegründet, um moderne Bildungsbauten zu planen und zu realisieren.
- Tim Kostbade ist als Referent angestellt.
- Sechs Pilotprojekte laufen, in Hemelingen die Grundschule Alter Postweg.
- Ziel ist es, Schulbauten fertigzustellen und Erkenntnisse für zukünftige Bildungsbauten zu gewinnen.
- Die Gründung erfolgte, um Bauprozesse im Schulbau in Bremen zu verkürzen.
- Bildungsbau ist eine GmbH & Co. KG, die wirtschaftlich handeln muss.
- Es ist eine relativ junge Gesellschaft, die fünf Mitarbeiter:innen beschäftigt; im November wurde der Gesellschaftsvertrag unterzeichnet.
- Immobilien sollen auf einen modernen Standard gebracht und für die Zukunft ertüchtigt werden.
- Es besteht ein Austausch mit der Hamburger Schulbaugesellschaft.
- Bildungsbau trägt zur Reform des öffentlichen Bauens in Bremen im Projekt „Reformprozess Öffentliches Bauen im SVIT“ bei.
- Verschiedene Baustandards werden geprüft, um Kosten zu sparen und Mittel effizient zu nutzen.

Diskussion:

Ingo Tebbe erkundigt sich nach Erkenntnissen aus aktuellen Schulbauprojekten, insbesondere zur Grundschule Alter Postweg, zu Fertig- bzw. Modulbauten und zu möglichen neuen Standards.

Reinhardt Zwilling weist darauf hin, dass Baukostenkalkulationen erfahrungsgemäß regelmäßig überschritten würden.

AW: Tim Kostbade führt aus, dass serielles Bauen als Ansatz übernommen werden soll. Geplant sind derzeit sechs Pilotprojekte, die bewusst eine gewisse Bandbreite abdecken sollen. Als Vorbild nennt er unter anderem Hamburg, wo modulare Schulbauten im Rahmen von Wettbewerbsverfahren umgesetzt würden (z. B. sogenannte „Hamburger Klassenräume“).

Die Projekte befinden sich noch in der Übergangsphase; Kaufverträge seien noch nicht abgeschlossen. Ein Beginn ist für Anfang des kommenden Jahres vorgesehen. Nach derzeitiger Einschätzung können durch das serielle Bauen Kosteneinsparungen erzielt werden.

Ralf Bohr fragt nach den langfristigen Zielen im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Werterhalt und eine Übertragbarkeit der Konzepte in die Fläche.

AW Tim Kostbade: Ziel ist es, nachhaltige Standards zu entwickeln, die perspektivisch auch auf weitere Standorte übertragen werden könnten.

Ein Bürger fragt nach den Gründen für die gewählte GmbH-Struktur, nach der Praktikabilität dieser Rechtsform und danach, wie Nachhaltigkeit umgesetzt werden könne, wenn Projekte nicht unmittelbar profitabel seien.

AW Tim Kostbade: Die Gesellschaft ist mit rund 300 Millionen € ausgestattet worden. Die Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) benennt die Bedarfe. Die sechs Projekte gliedern sich in vier konkret geplante Vorhaben sowie zwei Projekte, bei denen Aspekte wie Nachhaltigkeit noch stärker berücksichtigt werden sollen und deren Planungen noch nicht abgeschlossen sind.

Ralf Bohr fragt nach der Perspektive zusätzlicher Finanzmittel (Investitionsprogramm des Bundes).

AW: Tim Kostbade stellt klar, dass es neben der neuen Struktur weiterhin Immobilien Bremen (IB) gebe und keine Konkurrenz bestehe. Ziel sei es, über die Pilotprojekte Erkenntnisse für den Bildungsbau zu gewinnen. Sanierungen seien aktuell nicht Bestandteil des Programms. Die Planungssicherheit sei begrenzt, da derzeit keine langfristige Mittelbindung möglich sei.

Jörn Hermening merkt an, dass sich der Beirat zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit dem Thema Investitionsprogramm des Bundes befassen solle.

Dr. Christian Kornek äußert Zweifel an der Finanzierungslogik und stellt die Frage, ob die Finanzierung über Mieten letztlich nur eine Verschiebung innerhalb des Haushalts darstelle. Er weist auf den bestehenden Sanierungsbedarf vieler Bildungsbauten hin und fragt nach den Risiken im Falle einer wirtschaftlichen Schieflage der Gesellschaft.

AW: Tim Kostbade räumt ein, dass bislang nicht alle Mieten vollständig abgefragt worden seien, perspektivisch jedoch Einnahmen entstünden. Ziel sei es, weitere Schulen in ein wirtschaftlich stabiles System zu überführen. Gespräche mit dem Senator für Finanzen würden geführt; ein konkreter Stand liege jedoch noch nicht vor.

Dr. Christian Kornek merkt an, dass mögliche Belastungen durch höhere Mieten letztlich den Bildungshaushalt trafen, was problematisch sei.

Ralf Bohr fragt abschließend, welche Rolle Immobilien Bremen künftig spielt und ob der Beirat sich weiterhin an IB wenden solle.

AW Tim Kostbade: Derzeit beschränke sich die Tätigkeit auf die sechs Pilotprojekte. Durch diese sollen freie Mittel generiert werden, um perspektivisch weitere Projekte zu ermöglichen.

Edgar Melzer von Immobilien Bremen erläutert Anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand des Projekte Neubau Schule Alter Postweg (Anlage 2).

Das Projekt befindet sich derzeit sowohl im Zeit- als auch im Kostenplan.

Daniel Thiersch fragt an, ob die Webcam-Bilder zum Baufortschritt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

AW: Edgar Melzer hält dies grundsätzlich für möglich.

Die Webcam ist öffentlich auf der Seite der Firma Goldbeck einzusehen.

TOP 6: Beiratsverschiedenes

055-2025-B-Planungskonferenzen zur Vergabe der Kitaplätze

Jörn Hermening verliest den folgenden Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss zur Wiedereinführung der Kita Planungskonferenzen auf Stadtteilebene:

Als Rückmeldung auf den Beschluss des Beirates vom 09.10.2025 wurde nach dem Sinn der Wiedereinführung der Planungskonferenz gefragt, dazu bezieht der Beirat folgende Stellung und bittet erneut um Beantwortung:

Die Planungskonferenzen hatten für Kita-Leitungen gute Ebenen geschaffen, um gemeinsam mit SKB eine gemeinsame Richtung anzupeilen:

- *Durch die Information von SKB welche/r/s Ausbau/Reduzierung/Berechnungen/Prognose an den einzelnen Standorten stattfindet (Welches Angebot liegt konkret vor?) konnten Leitungen sich ein Bild verschaffen, wie sich Plätze und Bedarfe im Stadtteil wo entwickeln und konnten auch entsprechend Eltern orientieren, wenn z.B. am Wunschstandort kein Platz ist.*
- *Der Abgleich zwischen Theorie (SKB) und der Realität (Kitas) schafft ein reales Bild, was SKB mitnehmen und in seine Berichte einbauen kann.*
- *An diesen Runden nahmen aufgrund der Einladung durch SKB alle Einrichtungen teil, ein Abgleich von Bedarfen hat so viel Zeit und Ressourcen erspart, die an anderen Stellen genutzt werden können.*
- *Doppelanmeldungen (im System nicht möglich, kommen in der Realität aber manchmal trotzdem vor) werden vermieden.*
- *individuelle Bedarfe, die Eltern mündlich an z.B. Koordinator:innen geben und die Eltern nicht ins Portal schreiben (können), können mitbetrachtet werden.*
- *SKB erhält bei diesen Treffen auch ein Bild, wie welche Einrichtung aufgestellt ist, um etwaige Bedarfe/ Meldungen/ Anmeldungen (z.B. Papieranmeldungen) zu koordinieren. Das schafft Verbundenheit, eine Behörde, die hinter den Eltern in Bremen steht und zumindest einen persönlichen Kontakt zu den Leitungen der Einrichtungen pflegt.*

Abstimmung: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Jörn Hermening lässt über drei Vorschläge aus dem FA Stadtteilentwicklung, Wirtschaft und Mobilität vom 08.12.2025 zur Vergabe von Mitteln aus dem Verkehrsbudgets des Beirates abstimmen.

Rad und Fußwegesanierung in Mahndorf/Arbergen

Der Fachausschuss SWM schlägt dem Beirat vor, die Kofinanzierung Maßnahmen Rad- und Fußwegesanierung Söldnerweg (Königsteiner Straße bis Hügelstraße, ca. 150 Meter) und Oberurseler Straße (Kronberger Straße bis Hügelstraße, ca. 100 Meter) aus dem Verkehrsbudget in Höhe von ca. 57.500€ zu übernehmen. Zudem bittet der Beirat darum keine Gelder für den Rückbau von Radwegen auszugeben, wenn die Radwegebenutzungspflicht aufgehoben wurde und der Radweg auf die Straße verlagert wurde.

Abstimmung: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Reinhard Zwilling merkt an, dass Wegesanierung, die vom UBB durchgeführt werden aus seiner Sicht oftmals mangelhaft sind.

AW Jörn Hermening weist darauf hin, dass es sich hier um Maßnahmen des ASV handelt. Zu den Wegen in Grünanlagen schlägt er vor, diesbezüglich mal mit dem UBB zu sprechen. Das Thema soll im FA Mobilität aufgegriffen werden.

Schutz der Bäume in der kleinen Westerholzstraße

Der UBB wird aufgefordert den Abschnitt von der Kleinen Westerholzstraße bis zur Schule auf der Seite der Schule mit Pollern oder Baumschutzbügeln -je nach fachlicher Einschätzung des UBB zum bestmöglichen Schutz der Bäume und der Baumscheiben

auszustatten und empfiehlt dem Beirat dafür die entsprechenden Mittel (bis zu 10.000 €) aus dem Verkehrsbudget zu Verfügung zu stellen.

Abstimmung: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Erstellung eines Barriere-Katasters

Aufgrund der negativen Rückmeldung zu dem Haushaltsantrag zum Thema empfiehlt der Fachausschuss dem Beirat die Übernahme von Kosten in Höhe von ca. 5.000€ für die Erstellung eines Barriere-Katasters für den Stadtteil Hemelingen aus dem Verkehrsbudget.

Abstimmung: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Globalmittelvergabe

Jörn Hermening verliest die Liste der zu bewilligenden Globalmittelanträge und lässt über die einzelnen Anträge abstimmen.

01 Musikalische Früherziehung im Kindergarten

Antragsteller: Kinder- und Familienzentrum Zeppelinstr.

Gesamtausgaben: 736,20 €

Antragssumme: 600,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 600,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

02 Vereinsgala

Antragsteller: Großer Karnevalsverein Rot-Weiß Bremen e.V.

Gesamtausgaben: 2.000,00 €

Antragssumme: 1.600,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.600,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

03 Linie ohne Hem(m)ung

Antragsteller: Laurina Preckel

Gesamtausgaben: 6.999,25 €

Antragssumme: 700,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 700,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

04 Kinderferienprogramme & Projekte

Antragsteller: Bürgerhaus Hemelingen

Gesamtausgaben: 4.000,00 €

Antragssumme: 2.000,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 2.000,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Jens Dennhardt hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

05 Instandsetzung Balancierbalken & ein Trainerschein C

Antragsteller: Elterninitiative Arbergen-Mahndorf e.V.

Gesamtausgaben: 1.365,64 €

Antragssumme: 1.092,64 €
Vorschlag aus dem GFA: 1.092,64 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

06 Instandsetzung & Neuanschaffung von Sportgeräten in versch. Sporthallen

Antragsteller: SG Bremen-Ost e.V.
Gesamtausgaben: 15.192,18 €
Antragssumme: 5.063,62 €
Vorschlag aus dem GFA: 5.063,62 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

07 Klimaschutz im Alltag

Antragsteller: NABU Landesverband Bremen e.V.
Gesamtausgaben: 72.161,00 €
Antragssumme: 5.000,00 €
Vorschlag aus dem GFA: 5.000,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

11 Hemelinger Markt

Antragsteller: Bürgerhaus Hemelingen e.V.
Gesamtausgaben: 6.100,00 €
Antragssumme: 1.500,00 €
Vorschlag aus dem GFA: 1.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Jens Dennhardt hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

12 13. Hemelinger Lichterfest

Antragsteller: Bürgerhaus Hemelingen e.V.
Gesamtausgaben: 12.365,00 €
Antragssumme: 1.500,00 €
Vorschlag aus dem GFA: 1.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Jens Dennhardt hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

13 Wegsperrungen an den Zufahrten

Antragsteller: Kleingartenverein „Im Holter Feld“ e.V.
Gesamtausgaben: 10.401,56 €
Antragssumme: 8000,00 €
Vorschlag aus dem GFA: 8000,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

14 Ausrichtung eines Einradhockeyturniers

Antragsteller: SV Hemelingen e.V.
Gesamtausgaben: 1.000,00 €
Antragssumme: 800,00 €
Vorschlag aus dem GFA: 800,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

15 Ausstattung einer Inklusionsmannschaft

Antragsteller: SV Hemelingen e.V.

Gesamtausgaben: 2.577,42 €

Antragssumme: 2.061,94 €

Vorschlag aus dem GFA: 2.061,94 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

16 Schulfrühstück & Schulobst

Antragsteller: Schulverein Alter Postweg e.V.

Gesamtausgaben: 4.049,40 €

Antragssumme: 1.000,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.000,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

17 ABC-Salon

Antragsteller: Bremer Volkshochschule

Gesamtausgaben: 4.278,00 €

Antragssumme: 3.348,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 3.348,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

18 Laternenumzug Arbergen & Mahndorf

Antragsteller: Freiwillige Feuerwehr Mahndorf

Gesamtausgaben: 950,00 €

Antragssumme: 750,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 750,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

19 Spinde Jugendfeuerwehr

Antragsteller: Freiwillige Feuerwehr Mahndorf, Förderverein e.V.

Gesamtausgaben: 2.391,11 €

Antragssumme: 1.912,81 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.912,81 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

20 Tische & Stühle Jugendfeuerwehr

Antragsteller: Freiwillige Feuerwehr Mahndorf, Förderverein e.V.

Gesamtausgaben: 4.264,28 €

Antragssumme: 3.411,42 €

Vorschlag aus dem GFA: 3.411,42 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

22 Erwachsenenstühle

Antragsteller: Haus Huckebein

Gesamtausgaben: 1.074,40 €

Antragssumme: 790,80 €

Vorschlag aus dem GFA: 790,80 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

23 Ortsteilfest

Antragsteller: Bürgerhaus Mahndorf e.V.

Gesamtausgaben: 4.584,00 €

Antragssumme: 1.500 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

25 KreaKids

Antragsteller: Bürgerhaus Mahndorf e.V.

Gesamtausgaben: 5.440,00 €

Antragssumme: 4.352,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 4.352,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Hinweis: Das Projekt wird letztmalig vom Beirat gefördert.

28 Outdoor Trampolin

Antragsteller: Schulverein GS an der Parsevalstr.

Gesamtausgaben: 10.337,20 €

Antragssumme: 5.000,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 5.000,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

29 Fest der Vereine

Antragsteller: Kommunalpol. AG Arbergen

Gesamtausgaben: 2.246,00 €

Antragssumme: 1.500,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Yunas Kaya hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

31 Osterfeuer & Sommerfest

Antragsteller: Freiwillige Feuerwehr Mahndorf, Förderverein e.V.

Gesamtausgaben: 1.316,42 €

Antragssumme: 1.053,14 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.053,14 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

32 Arberger Dorffest

Antragsteller: Kommunalpol. AG Arbergen

Gesamtausgaben: 2.892,00 €

Antragssumme: 1.500,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Yunas Kaya hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

33 Basketballkorb

Antragsteller: Schulverein GS Mahndorf
Gesamtausgaben: 7.192,00 €
Antragssumme: 6.059,55 €
Vorschlag aus dem GFA: 6.059,55 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

34 Treffpunkt für Sicherheit

Antragsteller: Andrea Meier (Kidpower Deutschland)
Gesamtausgaben: 854,00 €
Antragssumme: 429,00 €
Vorschlag aus dem GFA: 429,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Sebastian Springer gibt in einer persönlichen Erklärung bekannt, dass er zum Ende des Jahres aus dem Beirat ausscheidet und künftig als sachkundiger Bürger im Fachausschuss Bau und Klimaschutz tätig sein wird.

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 16.12.2025 um 19:00 Uhr im Ortsamt Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Ausbau der Strecke Langwedel – Bremen (drittes Gleis)

Am 18.12. findet ab 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen die öffentliche Neuwahl der Ortsamtsleitung statt.

Die nächste reguläre Beiratssitzung soll am 15.01.2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Gewerbegebiet Hansalinie
- Terminvergabe im Stadtamt
- Zusammenlegung der Sozialzentren

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll